

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Zwei Themen bestimmten in dieser Woche die Debatte im Deutschen Bundestag: am Donnerstag die Irak-Krise und heute der Jahreswirtschaftsbericht.

Die Debatte zur Situation im Irak war sehr aufgeladen und emotional durch den Versuch des Bundeskanzlers, uns in die Ecke der Kriegstreiber zu stellen. Dies war nicht nur ungehörig, sondern ein absoluter Fehltritt. Schröder ließ absichtsvoll das Entscheidende aus: Was kommt nach der letzten Chance für die UNO und ihre Inspektoren? Die allerletzte? Und dann die allerallerletzte? Mut zum Frieden - ein machtvolleres Wort. Und es wird wirken in Deutschland. Aber die Wahrheit in der Welt ist komplizierter: Nicht jeder Frieden mit Hussein ist mutig, nicht um jeden Preis. (weitere Infos S.4)

In der Debatte um den Wirtschaftsbericht führte Friedrich Merz die Regierung klassisch vor: Ganze 13 Minuten brauchte Superminister Clement, um auf das vergangene Jahr zurückzublicken und auf das neue zu schauen. Keine Konzepte, keine Visionen. Die Regierung ist am Ende. Unsere Vorschläge und Angebote liegen vor, jetzt ist die Regierung am Zuge. (weitere Infos S. 2)

IF

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Reformalternativen der Union ...S.2
- Irak-Krise
- Bundesregierung manövriert sich ins Abseits ...S.4
- Zahl der Ausbildungsplätze drastisch gesunken ...S.6
- Boom der Schattenwirtschaft ...S.6
- SPD weitet ihr Medienimperium aus ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Reformalternativen der Union



►► Angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung, der weiterhin steigenden Arbeitslosigkeit und der dramatischen Lage der Sozialversicherungssysteme herrscht dringender Handlungsbedarf. Die Bundesregierung erweist sich als unfähig, eine moderne und wachstumsorientierte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu entwickeln und durchzusetzen. Während in der SPD noch gestritten wird, legt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erste konkrete Vorschläge auf den Tisch, die eine Weiterentwicklung unseres Regierungsprogramms darstellen. Der **„Drei-Stufen- Plan für eine nationale Kraftanstrengung“** zeigt, dass uns die Zukunft unseres Landes am Herzen liegt. Die Regierung muss nun entscheiden, ob sie diese Schritte mitgeht. Wir schlagen unter anderem vor:

Sofortmaßnahmen bis zum Sommer 2003:

- Wir wollen betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglichen, indem Tarifvertragsrecht und Betriebsverfassungsgesetz so gestaltet werden, dass Betriebsräte die Möglichkeit erhalten, mit den Unternehmensleitungen Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung oder zum Beschäftigungsaufbau zu treffen. Betriebsrat und Belegschaft müssen solchen Abweichungen vom Tarifvertrag mit 2/3-Mehrheit zustimmen.
- Wir wollen das Kündigungsschutzgesetz so umgestalten, dass es einerseits den notwendigen Schutz gerade für langjährig Beschäftigte sichert, andererseits für den Arbeitgeber, der einstellen will, keinen Hemmschuh bedeutet. Die Neuregelung sieht für alle Neueinstellungen ein Optionsmodell vor. Dabei kann der neu einzustellende Arbeitnehmer wählen, ob er an dem bisherigen Kündigungsschutz festhalten will, oder ob er gegen Zusicherung einer Abfindung durch den Arbeitgeber im Falle der Kündigung auf den besonderen Kündigungsschutz

des Kündigungsschutzgesetzes verzichten will. Die Abfindung soll entsprechend der Dauer der Betriebszugehörigkeit gestaltet werden.



- Wir wollen eine Reform der Krankenversicherung, die unter anderem auf mehr Eigenverantwortung, mehr Wahlmöglichkeiten für die Patienten und mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen setzt. Wir sprechen uns für eine angemessene Selbstbeteiligung durch verhaltenssteuernde und zielgerichtete Zuzahlungen bzw. Einführung eines sozial gestaffelten absoluten Selbstbehalts aus. Außerdem ist es unter dem Aspekt einer gerechten Lastenverteilung geboten, die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben aus der solidarischen Krankenversicherung heraus zu nehmen und eine sachgerechte Finanzierung zu prüfen. Als Botschaft der Verlässlichkeit an alle Arbeitgeber wollen wir den Arbeitgeberbeitrag gesetzlich festschreiben. Wir wollen prüfen, Zahnbehandlungen in eine eigenständige, kapitalgedeckte Pflichtversicherung überführt werden können. Mit all diesen Maßnahmen wollen wir einen Krankenversicherungsbeitrag von 13% erreichen und damit unserem Ziel näher kommen, die Lohnzusatzkosten unter 40% zu bringen.

Als mittelfristige Maßnahme (Herbst 2003 bis Ende 2004) sind vorgesehen:

- Vorlage der Ergebnisse der vom CDU-Vorstand eingesetzten „Kommission Soziale Sicherheit“ unter der Leitung von Altbundespräsident Roman Herzog. Ziel der Kommission ist die Erarbeitung von Vorschlägen zur demographiefesten und familiengerechten Gestaltung der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.
- Neugestaltung der Gemeindefinanzen
- Verabschiedung einer Großen Steuerreform



Spruch der Woche

"Ein Scherbenhaufen."

SPD-Außenpolitiker, über
die Außenpolitik von
Rot-Grün

Langfristig (2004-2010) will die Union:

- Umsetzung der Ergebnisse der Herzog-Kommission
- Föderalismusreform
- Stufenweise Umsetzung der Großen Steuerreform ◀◀



Irak-Krise:

Bundesregierung manövriert sich ins Abseits

▶▶ Auf dem Gipfel in Prag haben alle NATO-Mitglieder ihre Unterstützung für die UN-Resolution 1441 gegen den Irak erklärt – ohne Vorbehalt!

Die Resolution kündigt Saddam Hussein an, dass er bei weiterem Verstecken seiner Massenvernichtungswaffen als letztes Mittel mit ernsthaften Konsequenzen zu rechnen hat. Nur solange diese Drohung glaubhaft bleibt, besteht Hoffnung auf ein rechtzeitiges Nachgeben Saddams.

Wer jetzt durch eine Blockade der NATO diese Drohung unglaubwürdig macht, der ermutigt den Diktator und macht im Ergebnis nicht den Frieden sicherer, sondern den Krieg wahrscheinlicher. Das ist unverantwortliche Politik und nicht in deutschem Interesse.

Die vom Kanzleramt über die Medien lancierten „Geheimpläne“ Deutschlands und Frankreichs zur langfristigen Kontrolle des Iraks über einen ausgedehnten Einsatz von UNO-Blauhelmen waren nichts anderes als ein dilettantisch vorgetragener Versuch Schröders, aus der diplomatischen Isolierung heraus zu kommen.

Zuletzt ruderte sogar der Bundeskanzler zurück:

Ein Plan zur Entsendung von Blauhelmsoldaten existiert nicht, man sei sich mit Frankreich nur einig, die Waffeninspektionen

auszuweiten. Auf diesem kleinsten gemeinsamen Nenner bewegt sich dann auch die nachgeschobene Erklärung der Regierungen in Paris, Moskau, China und Berlin. Eine Erklärung, die übrigens militärische Mittel als *ultima ratio* nicht ausschließt! Hier genau liegt der Unterschied zur Position von Bundeskanzler Schröder.



Für die Union gilt in der Irak-Frage:

- Die UNO ist der Ort der Entscheidungen. Wir unterstützen den Weg, den der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1441 beschlossen hat, ohne jeden Vorbehalt.
- Wir sehen, dass die Bedrohung, die von Saddam Hussein für den Weltfrieden ausgeht, trotz der Inspektionen immer noch nicht beseitigt ist. Die letzten Nachrichten aus Bagdad belegen dies. Zwar hat der Irak weitere Unterlagen vorgelegt. Das bedeutet aber auch, dass bisher *eben nicht* alles offen gelegt wurde, wie von der Resolution 1441 gefordert.
- Alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Entwaffnung Saddam Husseins müssen ausgenutzt werden. Wenn aber die friedliche Entwaffnung fehlschlagen und als letztes Mittel nur die angedrohten Zwangsmaßnahmen bleiben sollten, dann befürworten wir um der internationalen Sicherheit und der Autorität der UN-Charta willen auch ein militärisches Vorgehen.
- Deutschland sollte sich in diesem Fall nach seinem Vermögen und in europäischer und transatlantischer Abstimmung beteiligen. Das bedeutet, dass auf jeden Fall die ABC-Spürpanzer in Kuwait die dortigen US-Truppen schützen und die Türkei den erbetenen Schutz mit AWACS-Flugzeugen und Patriot-Raketen erhält. ◀◀



Wußten Sie schon,

... dass 2002 die 19 deutschen Atomkraftwerke 164,8 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt haben ? Das entspricht der Hälfte der Grundlast in Deutschland. Zehn Anlagen haben gegenüber 2001 sogar deutlich mehr produziert.

Boom der Schattenwirtschaft



►► Eine Studie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung Linz belegt, dass es in Deutschland noch Wachstum gibt: Der mit Schwarzarbeit erzielte Umsatz wird in diesem Jahr nach Einschätzung des Instituts um 5,6% auf 370 Mrd. Euro steigen. Allein 146 Mrd. werden im Handwerk und in der Baubranche „schwarz“ erwirtschaftet. Mit rund 17% des BIP wird die Schattenwirtschaft 2003 ein Rekordhoch erreichen. Als Grund für diese Entwicklung geben die Experten steigende Steuern und Sozialabgaben an. (Quelle: AP 29.1.2003) ◀◀



In den letzten drei Wochen hatten Lars Lammert, Alexander Meyer und Paul Ziemiak Gelegenheit, als Praktikanten den Alltag einer Bundestagsabgeordneten kennenzulernen.

SPD weitet ihr Medienimperium aus

►► Die SPD-Medienholding DDVG wird Merheitsgesellschafterin der „Frankenpost“ aus Hof. Damit gerät wieder eine Zeitung in den direkten Einfluss der Sozialdemokratie. Allein in Bayern ist die SPD über die DDVG unter anderem am „Nordbayerischen Kurier“/Hof und an der „Neuen Presse“/Coburg beteiligt. (Quelle: AP 29.1.2003) ◀◀

... das Allerletzte!

21 Prozent aller Urteile fällte der Bundesfinanzhof im vergangenen Jahr zu Gunsten der Steuerzahler. Bis zum Abschluss eines Verfahrens dauerte es im Schnitt zehn Monate. 3158 Fälle schleppten die Münchner Richter mit über den Jahreswechsel. Damit hat sich der Stapel unerledigter Verfahren um 87 Klagen gegenüber dem Jahresende 2001 erhöht.